

# Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden.  
Kaden & Comp., Nr. 1288.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto:  
Gebr. Kuhnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Litzsch

Abonnementspreis: 300 000.— M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 200 000.— M., Einzelnummer 150 000.— M.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spalt. Kopparzeile 200 000.— M., auswärts 240 000.— M., die 3spalt. Zeile 100 000.— M., auswärts 120 000.— M., Ausland 500 000 u. 240 000 M. Bei mehrmal. Aufgabe Ermäßig. Familienangehör. Stellen-u. Mietgesuche 40 Proz. Rab. für Briefbeleg. 40 000 M.

Nr. 209

Dresden, Freitag den 7. September 1923

34. Jahrg.

## Die kommende Finanzdiktatur Eine neue Goldnotenbank

Die ersten Maßnahmen der beginnenden Finanzdiktatur sind am Donnerstag im Reichskabinett beschlossen worden. Als vorbehaltende Maßnahme zur Vorbereitung der Goldwährung beabsichtigt die Reichsregierung die Schaffung einer Privatnotenbank. Der Einfluß des Reiches an dieser Notenbank soll durch eine gesetzliche Aufsicht gewahrt werden. Diese Notenbank soll gegen Einzahlung von Devisen und Goldwerten stark fundierte Goldnoten ausgeben. Eine Ausgabe von Goldnoten gegen Papiermark ist vorläufig nicht geplant. Diese neuen Maßnahmen bedeuten keine sofortige Ersetzung der Papiermark durch die Goldwährung. Sie ist aber als vorbereitender Schritt auf diesem Wege zu betrachten. Solange nicht die außenpolitische Situation Deutschlands sich günstiger gestaltet und damit die Möglichkeit gegeben ist, zu einer Balancierung des Reichsschatzes zu gelangen, glaubt die Reichsregierung an eine endgültige Währungsreform nicht heranzugehen zu können.

Aus diesem Grunde hat das Reichskabinett zugleich mit dem Plan einer Goldnotenbank weitere diktatorische finanzpolitische Maßnahmen beschlossen. Am Freitag wird die lang erwartete Notverordnung in Kraft treten, durch die die Verschlagnahme der illegitimen Devisenbestände usw. vorgenommen werden soll. Die Notverordnung geht von dem Grundsatz aus, daß nur die Devisen in privaten Händen berechtigt sind, die produktiven Zwecken dienen. Dasselbe gilt für ausländische Wertpapiere. Die angeforderte Verordnung wird nur zwei Paragraphen enthalten, außerdem die Ernennung eines Devisenkommissars vorsehen. Dieser Finanzdiktator wird mit sehr weitgehenden Vollmachten versehen sein. Seine Tätigkeit soll sich auf eine allgemeine Ablieferung der illegitimen Devisen und auf Einzelnachforschungen erstrecken. Die Richtlinien hierzu sind in einer besonderen Ausführungsbestimmung enthalten. Die Ablieferung der Devisen erfolgt zum Tagespreis. Eine Abfindung erfolgt unmittelbar und wertbeständig. Bei hartnäckiger Weigerung oder Hinterziehung treten schwere Strafen in Kraft.

Außer diesen Maßnahmen hat das Finanzministerium weitreichende Pläne zur Bekämpfung der Ausgaben Seite des Reichsbudgets in Aussicht genommen. In der Steuerpolitik wird für Steuererhöhung und Steuerhebung die Berechnung in Gold vorbereitet. Alle diese Maßnahmen dienen im Zusammenhange der Absicht, zu einer Sanierung des deutschen Finanzsystems zu gelangen. Für ihren Erfolg und damit auch für den Erfolg des Planes, in Deutschland wieder zu einer stabilen Währung zu gelangen, wird schließlich entscheidend sein, ob die deutsche Außenpolitik es vermag, Deutschland aus der jetzigen schweren politischen Gesamtsituation herauszuführen.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Donnerstagabend u. a. auch noch mit der Lage im Ruhrgebiet, insbesondere der Frage des passiven Widerstandes.

## Währung und Wirtschaft

Von einem Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Als der Abfall der Mark in Rußen fortzuschreiten begann, wurde man aufmerksam und nannte es eine Katastrophe. Es war vor drei Jahren schon eine Katastrophe, aber man hatte es nicht gesehen. Seitdem saniert man die Währung. Das ist wünschenswert, aber notwendig ist eine Sanierung der Wirtschaft, die man über dem leichten und zeitweiligen Vornehmen der Währungspolitik vergißt. Es nützt nichts, die Währung zu sanieren, wenn man die Wirtschaft läßt wie sie ist. Man lagert damit einige Rohstoffe um, kauft einige Leute, die man vorher zufrieden gelassen hatte, und läßt einige aufsalzen, die vorher keine Luft hatten, das ist alles.

Man weise nicht auf das Beispiel Oesterreichs. Wer sagt — und man hört es heute oft — Oesterreich sei doch an der Währung saniert worden, irrt sich kopflos. Es ist nicht an der Währung saniert worden und überhaupt nicht saniert worden, man hat es beschnitten. Als die Mächte sahen, daß dieses kleine Land, dessen Macht ungefährlich war, weder Ruße noch Krieg sann, sondern Frieden und Selbstgenügen, als sie ermahnen, daß es höchstens zwei Millionen Menschen zu sanieren galt, nicht Oesterreich, sondern Wien und Wien allein, schenken sie ein paar Milliarden. Man nennt das heutzutage Anleihe. Das Geldwort bedeutete das Ende des scheinbaren Verfalls, der wahre Verfall blieb und mußte bleiben. Man vergaß die Fißer der Arbeitslosigkeit, der Streckarbeit der Säuglinge, Rentner und Greise. Sie bewiesen, daß das Land nicht saniert ist.

Wir machen Steuern, die zum Teil unheimlich, zum Teil wirksam sind. Die Sozialdemokratie hält mit Jähzorn fest an der Ersetzung der Sachwerte, gegen die ich nichts einzuwenden, als daß auch sie mit oder ohne Stresemann-Steuern und nicht sanieren. Nicht die Währung, sondern die Wirtschaft muß man sanieren. Auch die Goldmark wird nicht helfen. Bevor man sie nicht in

Berlin drucken, denn Vervielfachen sind keine Goldlegwerke, aber man kann mit Goldmark wie ein orientalisches Bettler leben, und das werden wir tun, wenn es so weiter geht. Wir haben Milliarden gedruckt, nicht, weil Einiges Devisen kostete, nicht, weil Euro es nicht verhinderte, nicht, weil die Beamten gierig waren, sondern weil wir Schatzkammer hatten und sie nicht bezahlen konnten. Wir können auch heute nicht bezahlen, und wenn es so weiter geht, werden wir sie auch im Dezember nicht bezahlen. Die Goldmark kann man mit einem Maße auf dem Wertebau des alten Goldschatzes erhalten; das geht voraus, daß nicht mehr gedruckt werden als gedeckt sind; mit anderen Worten, wir werden zu wenig haben, um davon zu leben. Es bleibt die Alternative: entweder drucken wir noch mehr, dann sinkt ihr Wertebau durch die Papiermark nach, oder wir verhungern. Die Verhältnisse befehlen sich, die Kreditwürdigkeit wird zerstört, und der Kredit erschöpft; nicht mehr die Reichsbeamten. Das alles aber auf untragbarem Niveau, weil unter dem der Lebensfähigkeit. Der Schwere allen gilt noch, der ohne viel bezahlte Arbeitskräfte exportfähig ist. Rohstoffe, Erze und Nebenprodukte. Die ersten brauchen wir im Inland, die letzten auch. Die Landwirtschaft bleibt wohlhabend, Industrie und Arbeiterschaft sinken mit dem Mittelstand ab, denn sie haben bisher vom Dumping gelebt, das mit fester Goldmark allmählich unmöglich wird. Es bleibt schleierhaft, wozu man den notwendigen Import an Rohstoffen und Nahrungsmitteln bezahlen will. Wir werden von England eine Anleihe bekommen? Vielleicht. Davon werden wir einen Monat leben, dann sind wir ärmer als vorher. Die Inflationsfähigkeit gewisser Kreise ist begrenzt, die sich einbildet, daß mit solchen Mitteln Deutschland gehalten wird. Zum letzten Mal: es handelt sich um Wirtschaft, nicht um Währung. Man rühmt sich des Rates, und man stiehlt die Beamten, jetzt den Bescheidenden Willkür und Willkür abzunehmen. Der wahre Mut wird erst beginnen, wenn wir verbieten, notwendige Produktionsmittel und Rohstoffe zu exportieren, unnütze einzuführen, überflüssige Produktion zu erhalten, Arbeitslose durchzuschleppen, statt sie in den Produktionsprozess einzufügen und dafür Kraft für ihre auslösende Ernährung Opfer zu bringen, alle unfruchtbareren Betriebe stillzuliegen. Ohne diese und ähnliche Maßnahmen wird jede Währungsreform zu einer bloßen Umverteilung des Reichtums und der Güter, und der vorliegenden Situation wird sich Deutschland über kurz oder lang entschließen und der letzten Ration geben, die Gewalt und Diktatur heißt.

Die Ausführungen unseres Mitarbeiters stimmen mit dem überein, was wir immer wieder gesagt haben. Es ist allein durch währungs- und finanzpolitische Maßnahmen nicht möglich, aus dem Elend der deutschen Wirtschaft herauszukommen. Die Maßnahmen müssen vielmehr ergänzt werden durch eine tiefgreifende, energetische Wirtschaftspolitik. Deswegen sind natürlich derartige Maßnahmen, wie z. B. die Erfassung der Sachwerte, nicht ohne Bedeutung. Wenn es dadurch gelänge,

auch nur einige Zeit unsere Mark stabil zu erhalten, so hätten wir damit eine Atempause gewonnen. Wir wären zunächst frei von den Störungen und Hemmungen der Wirtschaft, die sich aus den großen Schwankungen des Geldwertes ergeben. Das würde uns freilich auf die Dauer nur nützen, wenn wir diese Zeit dazu verwenden, um unsere ganze Wirtschaft durch bessere Organisation auf eine höhere Stufe zu heben.

## Stresemanns Friedensrede

### Der Reichskanzler erkennt die soziale Revolution — will aber roßige Klassenversöhnung — Friedensschluß als seine Hauptaufgabe

Im Verein der ausländischen Presse hat am Donnerstag Reichskanzler Stresemann eine politische Rede gehalten, die seiner Verfassungskonferenz nach außen dienen sollte. Aus der Rede ist folgendes mitzuteilend:

Stresemann sagte: Zunächst will ich nicht darüber: Das Zeitalter, in dem wir leben, ist ein Zeitalter der Revolution, ein Zeitalter der sozialen Revolution. Wie wurde so in der Menschheit gerungen um den Gedanken der Staatsform und der Staatsführung, wie haben die Klassen so miteinander gerungen. Wir sehen den Kampf, in dem eine Klasse versucht, allein zu regieren, entgegen dem Gedanken, daß die Kultur der Völker sich nur aufbauen kann auf dem Zusammenwirken aller Kräfte. Wir sehen den Kampf zwischen Demokratie und Aristokratie, wir sehen den Kampf zwischen dem Volkswort und hier und hören den Ruf nach der Diktatur auf der andern Seite. Es war ein Zeitalter so gährend, sich so sehnend nach dem Neuen, wie dieses Zeitalter, in dem wir leben.

Wenn man uns manchmal vorhält, als bräuteten auch bei uns große revolutionäre Bewegungen an die Oberfläche, die nicht nur für Deutschland verberlich wären, sondern die Weltverberlichheit auch über unsere Grenzen hinausführen würden, dann handelt es sich für das deutsche Volk darum, ob es endlich zu wirklichem Frieden kommen kann oder ob für das deutsche Volk der Friede nur die Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln sein soll. Das Goethewort: „Nachgiebigkeit bei großem Willen“ — das möchte ich hinsetzen als das Sinnbild der Politik, die ich zu führen habe. Nachgiebigkeit in allen materiellen Dingen und Unnachgiebigkeit in der Verteidigung des deutschen Volkes, die nicht einen Stein von deutschem Boden lassen wird. Diese Nachgiebigkeit auf der einen und die Unnachgiebigkeit auf der andern Seite, das ist die Politik, die ich will, zu der ich mich bekenn. Wenn Deutschland die Grenzen behält, auf die wir ein Recht haben, die Souveränität, die uns verbürgt ist, da wird es auch bereit sein, dasjenige zu leisten, was man billigerweise von uns verlangen kann. Alle Staatsmänner sollten sich verpflichtet fühlen, ihrerseits die Hand dazu zu bieten, den endgültigen Frieden zu schließen, zu dem wir bereit sind, den herbeizuführen ich als größte Aufgabe des Kabinetts betrachte, das meinen Namen trägt. — Stresemann hat die ausländischen Pressevertreter, die Fräule über die Landesgrenzen schlagen zu helfen, die den Frieden der Welt herbeiführt.

## Geflers Verlegenheitsgestammel

Zu der Erklärung des Reichswehrministeriums vom 5. September teilt uns Herr Ministerpräsident Dr. Feigener folgendes mit:

1. Es ist nicht wahr, daß jeder „persönliche Verkehr“ mit mir verboten worden sei. Es ist vielmehr schlichthin jeder Verkehr mit mir verboten worden. Das ergibt sich ungenau aus dem schon veröffentlichten Briefe des Herrn Generalleutnants Müller vom 6. August an mich, in dem es wörtlich heißt: „Herrn Feigener sei jeder Verkehr mit Ihnen abgesehen.“ Es ergibt sich weiter aus folgender Tatsache: Am 10. August war zwischen mir und zwei Offizieren des Wehrkreiskommandos IV eine dienstliche Besprechung über Grenzschutzfragen für den 15. August vereinbart worden. Diese ist denn etwa eine Stunde später gleichzeitig mit der Uebermittlung der fernmündlichen Anweisung des Herrn Reichswehrministers abgebrochen worden und das Reichswehrkommando IV hat in der Folgezeit bis zum 20. August den Briefverkehr (nicht den persönlichen) Verkehr mit der schicksalhaften Regierung unterbrochen.

2. Erst nach der Erhebung von Vorstellungen beim Herrn Reichskanzler hat dann der Herr Reichswehrminister seine Anweisung vom 10. August in der von ihm geschilderten Weise ergänzt, durch welches der persönliche Verkehr mit der schicksalhaften Regierung wieder freigegeben wurde. Am 20. August gingen der Regierung erstmalig wieder dienstliche Schreiben des Wehrkreiskommandos an.

3. Sehr wesentlich ist, daß das Reichswehrministerium sich „der Auffassung des Wehrkreiskommandos angeschlossen hat“, „daß einem ehrentreuen Soldaten nicht mehr zugemutet werden, mit dem Ministerpräsidenten Dr. Feigener zusammen die Verfassungskonferenz zu besuchen und überhaupt wieder mit ihm zu verkehren“. Das ist ungefähr das höchste Stück, was sich der Herr Reichswehrminister bisher getraut hat. Ich lege vor der Öffentlichkeit dar, daß schwere unzulässige Beeinträchtigungen seitens des Wehrkreiskommandos IV erfolgt sind, die mit der Souveränität und Unabhängigkeit der Reichsregierung unvereinbar sind, lege den behauptet mit vorstehenden Offizieren die vollkommen eindeutigen schriftlichen Beweiskräfte vor und nun wird nicht etwa „den ehrentreuen Soldaten“ der Trost gemacht, sondern im Gegenteil: ihnen, den „ehrentreuen Soldaten“, kann nicht mehr zugemutet werden, mit der schicksalhaften Regierung zu verkehren. Eine solche Beeinträchtigung mag das Reichswehrministerium! Ein Abnicken, welches sich nicht dem Dingen anreicht, wegen welcher ich in die Öffentlichkeit gehen mußte. Bezieht der Herr Reichswehrminister noch immer nicht, daß es für ihn bestimmt ist, wenn die Öffentlichkeit erst gegen ihn alarmiert werden muß? Und freut der Herr Reichskanzler nicht, daß eine Diskussion über die vorkommenden Vorfälle für das Ansehen des Reiches im Ausland von katastrophalen Folgen sein muß? Daß aber eine solche Dis-

kussion im Interesse der Reinlichkeit der Justiz und zur Sicherung der Republik unbedingt erfolgen muß, falls ein Versehen und Systemwechsel nicht binnen wenigen Tagen vor sich gegangen ist? Erkennt man in Berlin noch immer nicht, daß die schicksalhafte Regierung, die schon durch eine Denkschrift vom 4. Januar 1923 eine Forderung verlangt hatte, nunmehr in die Öffentlichkeit treten muß, nachdem sämtliche Berliner Instanzen vergeblich angesprochen worden sind? Die Reichsregierung hat nur noch wenige Tage Zeit. Sie sollte sie nützen!

Durch die vorstehende Erklärung des Genossen Feigener wird unsere Vermutung bestätigt, daß man in Berlin erst nachträglich auf den Gedanken gekommen ist, man habe nicht den dienstlichen, sondern nur den persönlichen Verkehr verbieten wollen. Aus den Feststellungen Feigners geht deutlich hervor, daß man zunächst jeden Verkehr verboten hat. Der Herr Reichswehrminister Gefler befindet sich offenbar in grenzenloser Verlegenheit. Er hat sich die ärgsten Unwahrheiten zuzuschanden kommen lassen. Nun sucht er sich herauszureden und gerät in immer größere Widersprüche. Schon am 6. August ging Feigener das Schreiben zu, in dem ihm mitgeteilt wird, daß jeder Verkehr mit ihm abgelehnt wird, und erst am 22. August erging der Befehl, auf den sich Herr Gefler in seiner Erklärung berief und aus dem angeblich hervorgeht, daß nur der persönliche Verkehr gemeint sei. Wenn wirklich, bei der Erklärung, daß jeder Verkehr abgelehnt wird, das Wehrkreiskommando IV nicht den Wünschen des Herrn Gefler gemäß gehandelt hat, wie ist es dann möglich, daß der General Müller, der an diesen Dingen dann die Schuld trägt, noch immer im Amt ist? General Müller, der dann für diesen ungeheuren Skandal verantwortlich wäre, müßte schon längst von seinem Posten entfernt sein. Wenn Gefler dafür noch nicht gelobt hat, so ist das ein Beweis dafür, daß er sich schuldig fühlt.

In welcher peinlicher Lage der Reichswehrminister ist, geht ja auch daraus hervor, daß er lieber darüber geschwiegen hat, wie er über den Versuch des Wehrkreiskommandos IV denkt, ein Gerichtsverfahren zu beeinflussen. Ist Herr Gefler nicht darüber klar, daß ein derartiges Vorgehen einer militärischen Stelle gegenüber einem Gericht etwas für einen Kultur- und Rechtsstaat einfach Unnötiges ist? Ist er sich nicht darüber klar, daß es keine Laune wäre, den Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen? Aus dem Schweigen des Herrn